

«Ich kann auch bestimmt sein»

Liestal | Elisabeth Augstburger wird heute zur höchsten Baselbieterin gewählt

«Unterwägs im Baselbiet» will sie ein Jahr lang sein: Elisabeth Augstburger, die heute zur Landratspräsidentin gekürt wird, hat sich für ihr Amtsjahr vorgenommen, das Baselbiet noch näher kennenzulernen. Und: Sie will dem Parlament eine konsequente Chefin sein.

Jürg Gohl

Fruchtfolgeflecken, «Femmes-Tische», Suizidprävention, Passivrauchen, Tierheim, Spielgruppen, Bildung, CO₂-Ausstoss und immer wieder Flüchtlinge und Asylsuchende. Wer sich durch die Liste klickt, der weiss, wie die Autorin tickt, ist man versucht zu reimen. Die paar Schlüsselwörter aus den insgesamt 43 Vorstössen der Liestaler EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger im Baselbieter Parlament zeigen auf, für welche Anliegen sie sich in erster Linie einsetzt. Die beträchtliche Reihe an Vorstössen versiegt am 30. Juni 2016 mit gutem Grund plötzlich. Tags darauf stieg sie zur ersten Vizepräsidentin des Landrats auf, und heute wählt das Parlament sie zur höchsten Baselbieterin. Das bedingt, dass die Sachpolitik auf Eis gelegt ist.

Die eingangs genannten Themen lassen unschwer erkennen, für wen oder was das Herz der designierten Landratspräsidentin schlägt: Es



Ein grosser Tag heute für Elisabeth Augstburger. Bild Archiv vs

sind die Schwachen der Gesellschaft und die Ökologie – und ersetzt man dieses Fremdwort durch «Schöpfung», ist die Triebfeder hinter Elisabeth Augstburgers Engagement unschwer zu erkennen: Sie ist eine überzeugte Christin, gehört der Freikirche «Bewegung plus» an, und die Bibel ist ihr ständiger Begleiter.

Offen und ohne Berührungsangst

Ganz bezeichnend für sie ist deshalb auch die Episode um ihren berühmtesten Vorstoss, der gegen eine Sexmesse gerichtet war und deshalb thematisch etwas aus dem Rahmen fällt. Eine Boulevard-Zeitung bat sie,

auf eine reisserische Schlagzeile hoffend, zum Streitgespräch mit einer Porno-Darstellerin. Doch statt einer entsetzten, empörten und vielleicht sogar unflätigen EVP-Politikerin erschien eine Frau, die sich offen und ehrlich für das völlig konträre Leben ihres Gegenübers interessierte.

Mit einer ähnlichen Offenheit und Neugierde hat Elisabeth Augstburger in ihrer Funktion als Vizepräsidentin im vergangenen Jahr auch zahlreiche Vereine und Anlässe besucht, zu denen sie zuvor keinen Bezug hatte. Als Beispiel erwähnt sie die Schützen. Ob Veteranentagung oder Feldschiesen – sie war gleich mehrfach zu Gast und feuerte bei dieser Gelegenheit auch erstmals selber Schüsse ab. Für sie barg dies keinen Gewissenskonflikt. «Das Gewehr ist hier ein reines Sportgerät», sagt sie und zählt völlig beeindruckt die Sicherheitsregeln auf, die in einem Schiessstand gelten und die ihr, der pazifistischen Frau, bis dahin völlig fremd waren. Sehr spannend sei es für sie gewesen.

Möglichst viel «unterwägs»

Solche Erlebnisse sollen sich bei ihr im bevorstehenden Amtsjahr häufen. Gab es unter ihren Vorgängerinnen und Vorgängern Leute, die ihre öffentlichen Auftritte auf Sparflamme hielten und sich auf den Landratsbetrieb fokussierten oder aber sich auf Anlässe aus ihren In-

teressensgebieten beschränkten, so nimmt sich die 56-jährige Mutter zweier erwachsener Töchter fest vor: «Ich werde möglichst viele Besuche selber abstatten. Ich will ausserdem viel Neues und viele neue Gesichter kennenlernen.» Deshalb stellt sie ihr Präsidialjahr auch unter das Motto «Unterwägs im Baselbiet».

Den Zeitaufwand scheut sie, die Personifizierung der EVP, nicht. Sie wird einen ihrer Nebenjobs beenden und ihre Arbeit aus ihren vielen Mandaten und Vorständen für ein Jahr umverteilen oder abtreten. Denn: Ihre Arbeit beschränkt sich nicht nur auf die Aussenauftritte, sondern sie muss auch ein Jahr lang dem Baselbieter Parlament eine souveräne, strikte Vorsitzende sein.

Bei niemandem scheut man eine kritische Frage so sehr wie bei der stets zuvorkommenden, freundlichen EVP-Frau, die sich immer einer fairen Kommunikation befleißigt. Doch es muss sein: «Können Sie, Frau Augstburger, auch mal laut werden und durchgreifen?» «Keine Angst, ich kann schon auch bestimmt auftreten», sagt sie, «ich verfüge wohl über eine sehr hohe Toleranzschwelle. Aber wenn ich meine Deutschkurse abhalte, da kann ich schon mal unangenehm werden.» Eigentlich überflüssig zu erwähnen ist, dass sie diese Sprachlektionen fremdsprachigen Frauen erteilt.

Lösung ist da, aber nur kurzfristig

Baselbiet/Basel | Reaktionen zur vorgestellten Universitäts-Vereinbarung

Die Universität Basel bleibt eine Volluniversität mit zwei Trägerkantonen. Die Reaktionen der Parteien und Medien auf das neue Finanzierungsmodell fallen unterschiedlich aus.

Michèle Degen

Hauptsache, es gibt eine Lösung, scheint grundsätzlich die Meinung der verschiedenen Parteien im Universitäts-Streit zu sein. Obwohl es nur eine vorübergehende Lösung bis 2021 ist, scheinen die Beteiligten froh, endlich zu einem Konsens gekommen zu sein. Hakt man aber genauer nach, sind bei Weitem nicht alle so zufrieden mit der von den Regierungen der beiden Basel vorgestellten Strategie, wie man denkt.

So schreibt Thomas Dähler in seinem Kommentar in der «Basler Zeitung» vom Dienstag, 27. Juni: «Die Universität Basel bleibt eine Volluniversität und wird weiterhin von beiden Basel getragen. Doch dies kaschiert nur schlecht, dass sich die Kollegen aus dem Baselbiet bei den Verhandlungen über die Zukunft der Universität in fast allen Belangen durchgesetzt haben.»

Baselland setzt sich durch

David Sieber von der «Basellandschaftlichen Zeitung» formuliert es weniger drastisch. Auf den ersten Blick sei klar, dass sich das Baselbiet durchgesetzt habe. Auf den zweiten Blick sei die Sache jedoch

nicht ganz so arg. Die finanziellen Reserven würden zwar schrumpfen, das sei aber ein eher theoretisches Problem, da man sich in einem nächsten Schritt ja auf ein langfristiges Immobilienkonzept einigen wolle.

Bis auf das Junge Grüne Bündnis Nordwest, das mehr Gelder für die Universität und eine längst überfällige Steuererhöhung im Kanton Baselland fordert, nehmen alle Parteien das Ergebnis der Regierungen grundsätzlich zur Kenntnis.

Ein erster Knackpunkt ist die Entlastung des Kantons Baselland um 72 Millionen Franken in den nächsten vier Jahren, zulasten des besser situierten Kantons Basel-Stadt. Und das, nachdem der Stadtkanton dem Baselbiet schon einmal mit 80 Millionen Franken unter die Arme gegriffen hat. Die SVP Basel-Stadt betont: «Die Universität ist für den Wirtschaftsstandort von höchster Bedeutung. Davon profitiert nicht nur der Kanton Basel-Stadt, sondern eben auch der Kanton Basel-Landschaft. Daher ist eine gleichmässige Kostenverteilung nicht mehr als fair.»

Erkaufter Frieden

Auch Peter Knechtli von «Online Reports» schreibt kritisch: «Der neue Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer hat sich die Verständigung mit dem Baselbiet mit einem, nach dem 80-Millionen-Deal, nochmaligen Entgegenkommen des Kantons und der Universität erkau-

fen müssen, um schlimmere Szenarien zu verhindern.»

Der grösste Konfliktpunkt sei aber die vorgestellte Lösung zur Finanzierung des Kulturbereichs, so Sieber. Die Kulturvertragspauschale wird für das Baselbiet auf 5 Millionen Franken halbiert. Der Kanton Basel-Stadt kompensiert das Defizit. Die SVP Basel-Stadt sowie die Partei Junges Grünes Bündnis Nordwest und die Basler FDP erklären dies für inakzeptabel. Die SVP Basel-Stadt gibt an, dass nun Gegenmassnahmen wie zum Beispiel Ticketpreiserhöhungen zu prüfen seien, da die SVP es als Ohrfeige für die basel-städtischen Steuerzahler sieht, die erneut zugunsten der Baselbieter Bevölkerung zur Kasse gebeten werden sollen.

Kürzungen seien «enttäuschend»

Auch die Grünen Baselland und Basel-Stadt und Basels starke Alternative (Basta) erklären in ihrer Medienmitteilung, die Kürzungen der Beiträge Basellands seien enttäuschend und schädlich für die gesamte Region. Die Vereinigung für eine starke Region Basel/Nordwestschweiz teilt diese Meinung ebenfalls. Insbesondere die BDP Baselland und die SVP Basel-Stadt fordern die Baselbieter Regierung auf, Massnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Situation des Kantons wieder zu verbessern.

Gerade der Verband Kultur Baselland betont jedoch, dass das vorgestellte Finanzierungsmodell

ausschliesslich als Zwischenlösung wahrgenommen werden soll, bei der «der angeschlagene Kanton Basel-Stadt dem angeschlagenen Kanton Baselland erneuert unter die Arme greift». Es sei aber auch wichtig, dass dieser Beschluss möglichst zeitnah wieder neu definiert werde.

Durchs Band verlangen die politischen Parteien von den Regierungen langfristig ein ausgeglicheneres und faires Finanzierungsmodell für den Leistungsauftrag.

Kein zuverlässiger Partner

Dähler von der BaZ und Sieber von der bz sind sich aber einig, dass die Regierungen der beiden Kantone mit dem vorgestellten Finanzierungsmodell eine gute Basis zur weiteren partnerschaftlichen Zusammenarbeit gelegt haben. «Die beiden Basel, die existenziell aufeinander angewiesen sind, scheinen sich auf dem Weg des Pragmatismus wiedergefunden zu haben», so Sieber. «So gesehen verdient durchaus Anerkennung, dass die Regierung des Stadtkantons Hand zu einer pragmatischen Lösung geboten hat», meint Dähler abschliessend.

Anders sehen das die BDP Baselland und die führende Gewerkschaft im öffentlichen Dienst, VPOD Region Basel. Beide interpretieren aus den Verhandlungen, dass der Kanton Baselland nicht als zuverlässiger Partner gesehen werden kann. Unter diesen Umständen stelle der VPOD Region Basel die geplante gemeinsame Spitalgruppe sehr infrage.

VOLKSOHR

Zuerst küsste die Muse die Künstlerin Lilly Lubawin und inspirierte sie, Tiere mit Farbe an den Hufen über blütenweisse Leinwände spazieren zu lassen. Nach der Muse schlug Mammon zu. Er animierte die Künstlerin, ihre Klauenkunst zu verkaufen. Und siehe da: 6943 Franken trugen die Werke in diversen Grössen bis hinunter zur Postkarte ein. Diese Summe überreichte sie sodann Jean-Luc Nordmann, dem Präsidenten der Stiftung Tierpark Weihermätteli. Dieser redete die Künstlerin nur zögernd an. Lieber hätte er die Nichte Noahs bei ihrem richtigen Namen genannt: Sie ist Verwaltungsratspräsidentin der Eptinger Mineralwasser und heisst, wenn sie von der Muse ungeküstet bleibt, schlicht Damaris Buchenhorner.

NACHRICHTEN

Auto-Karambolage im Chienbergtunnel

Sissach | Die Kollision dreier Autos hat am Montagnachmittag zu einer einstündigen Sperrung des Chienbergtunnels in Sissach geführt. Verletzt wurde niemand, wie die Polizei vorgestern Dienstag mitteilte. Ausgelöst hatte die Karambolage ein 45-Jähriger, der mit seinem Wagen leicht auf die Gegenfahrbahn geriet. Dabei streifte dieser ein korrekt entgegenkommendes Fahrzeug. Dieses wiederum geriet ins Schleudern und krachte frontal in ein drittes Auto, das entgegenkam. Die Gründe für den Unfall sind unklar; Ermittlungen laufen. sda.

Geschlossene Abteilung im Arxhof geplant

Liestal | Für die technische Modernisierung und den Bau einer geschlossenen Eintritsabteilung im Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof in Niederdorf beantragt die Baselbieter Regierung dem Landrat einen Kredit von 3,75 Millionen Franken. Die neue Abteilung soll 2018 betriebsbereit sein. Vor allem die Anfangszeit auf dem Arxhof sei für die eingewiesenen Personen eine schwierige Phase, heisst es im Bericht der Regierung von gestern. In der geplanten geschlossenen Eintritsabteilung könnten neue therapeutische Möglichkeiten für die 17- bis 25-Jährigen geschaffen werden. Die geschlossene Vollzugsdauer könne bis zu sechs Monaten betragen. Eine Umfrage unter den einweisenden Institutionen habe gezeigt, dass ein geschlossener Eintritsbereich einem breiten Bedürfnis entspreche, heisst es weiter. Im technischen Bereich müssen der Alarmserver und die veraltete Brandmeldeanlage ersetzt und die Telefonanlage angepasst werden. sda.

Weniger Gebühren für Führerausweise

Liestal | Die Gebühren für Lernfahr- und Führerausweise werden im Kanton Baselland ab 1. Juli gesenkt. Dies hat Mindererinnahmen von rund einer halben Million Franken zur Folge. Mit der Gebührensenkung wird eine Forderung des Preisüberwachers erfüllt. Die Baselbieter Motorfahrzeugkontrolle (MFK) habe in den vergangenen Jahren die Ablaufprozesse optimiert und die Online-Dienstleistungsangebote ausgebaut, heisst es in einer Mitteilung der Regierung vom Dienstag. Das habe Kosten senkungen zur Folge, die an die Kundschaft weitergegeben werden sollen. Die Gebühren für das Gesuch und die Ausstellung eines Lernfahrausweises werden von 105 auf 75 Franken reduziert. Ein Führerausweis in Kreditkartenform kostet nun 60 statt bisher 75 Franken und der Fahrzeugausweis wird für 50 statt 60 Franken ausgestellt. sda.